

Regierungsratsbeschluss

vom 14. Dezember 2021

Nr. 2021/1893

Vernehmlassung zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)

Schreiben an die Eidgenössische Zollverwaltung

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Eidgenössische Zollverwaltung betreffend Vernehmlassung zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an die Eidgenössische Zollverwaltung betreffend Vernehmlassung zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Eidgenössische Zollverwaltung vom 14. Dezember 2021

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Finanzdepartement
Staatsanwaltschaft
Polizei Kanton Solothurn
Beauftragte für Information und Datenschutz
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)